

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Südstraße 50
58509 Lüdenscheid

Spendenkonto: SEB Lüdenscheid BLZ: 430 101 11 Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)

Und das nächste militärische „Abenteuer“ steht vor der Tür!

Wie wir bereits vor einem Jahr schrieben, schicken sich die USA an, den nächsten „Störfaktor“ Ihrer Interessen in der Region aus dem Weg zu räumen. Im Atomstreit mit dem Iran wird die Situation wieder einmal durch Falschmeldungen und Halbwahrheiten angeheizt. Unterstützung für ihre Präventivkriege erhalten die USA auch aus der islamischen Welt selbst. Der Streit um Mohammed-Karikaturen und andere radikale Äußerungen von fundamentalistischen islamischen Minderheiten werden als Vorwand für weitere Militäraktionen genutzt. Die besonnene Mehrheit in den moslemischen Ländern wird nicht mehr gehört und wahrgenommen. Ihr Glauben wird aus Machtinteresse missbraucht.

Die USA wollen die Bundesrepublik mit ins Boot holen

Diesmal, so der Wille der US-Administration, soll die Bundesrepublik nicht außen vor bleiben. Deswegen lassen bestimmte US-Medien nichts unversucht, die vermutliche Verwicklung des BND in damalige militärische Operationen in die öffentliche Debatte zu werfen. Nun, dann sollten auch wir nichts unversucht lassen, massiven öffentlichen Druck aufzubauen, um die Bundesregierung daran zu hindern, sich in den nächsten Krieg der USA verwickeln zu lassen! Wir hoffen dass die große Zahl der Friedensfreunde in den USA und bei uns dazu beiträgt den Irakkrieg zu beenden und den Irankrieg zu verhindern.

F Lüdenscheid Friedensgruppe

2003 20. März 2006

3 Jahre Irak-Krieg

3. Jahrestag des Angriffskrieges gegen den Irak

Auch drei Jahre nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen den Irak gibt es keine Entspannung. Eine wirkliche Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung ist nicht in Sicht. Frieden und Demokratie fehlen und die Konflikte zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen verschärfen zusehends. Die Zahl unschuldiger Opfer unter der Zivilbevölkerung in direkter Folge der militärischen Intervention der USA und ihrer Verbündeten steigt täglich weiter. Wir stellen weiter die Frage: Ging es um Frieden und Demokratie für den Irak oder doch nur um Öl? Unser Aufruf bleibt bestehen: Kein Blut für Öl!

Ungeachtet weltweiter Kritik und Proteste an diesem Unrecht wird die Inhaftierung moslemischer Gefangener in Abu Ghraib, Guantanamo und anderen Internierungslagern aufrechterhalten. Folterungen und menschenunwürdige Behandlung bleiben an der Tagesordnung.

Den Krieg im Irak beenden - Einen Krieg gegen Iran verhindern!

Eine gemeinsame Aktion des *Bundesausschuss Friedensratschlag* und der *Kooperation für den Frieden*:

” **Keinen Krieg gegen Iran - für eine politische Lösung!**

Die USA scheinen entschlossen, gegen den Iran einen Luftkrieg zu führen. Diesmal könnte es Washington gelingen, die EU vor ihren Kriegskarren zu spannen, wenn sich nicht die Bürgerinnen und Bürger dagegen zur Wehr setzen. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit einen neuen Krieg ab. Selbst wenn Teheran Atomwaffen anstrebte, die wir ebenso ablehnen, könnte der Iran auf absehbare Zeit niemanden mit Atomwaffen bedrohen, ungeachtet aller verbaler Attacken des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, die wir scharf verurteilen. Eine friedliche politische Lösung ist also durchaus möglich.

Die Vereinigten Staaten nutzen jedoch die iranischen Atomanlagen nur als Anlass für viel weiter reichende Ziele:

- Der Iran soll zu einer unbedeutenden Macht zurückgebombt werden, um Amerikas Vormachtstellung im Mittleren Osten weiter auszubauen. Deshalb ist zu befürchten, dass außer Atomanlagen auch die Infrastruktur des Landes, wie 1991 im Irak, wichtige Versorgungseinrichtungen wie Ölraffinerien und militärische Ziele bombardiert werden sollen.
- Durch Chaos und Zusammenbruch der Versorgung sollen Revolten der iranischen Bevölkerung mit all ihren ethnischen Minderheiten provoziert und das Islamische Regime durch ein US-freundliches ersetzt werden. Nachdem sie in Afghanistan und Irak militärisch präsent sind, zielen die USA auf die vollständige Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten im gesamten Mittleren Osten.

Die US-Regierung scheut wegen eigener Hegemonialinteressen nicht davor zurück, den Weltfrieden zu gefährden und einen Flächenbrand in

der Region zu riskieren. Ein Krieg gegen Iran hätte fatale Konsequenzen nicht nur für die Völker im Mittleren und Nahen Osten, sondern auch für Europa. Neue ethnische Konflikte, Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten im Irak, Verwicklung Saudi-Arabiens und Syriens sind sehr wahrscheinlich. Es muss auch mit der Blockade der Öltransportrouten und rasant steigenden Ölpreisen gerechnet werden. Nur Arbeitslosigkeit und Attentate hätten Konjunktur.

Nach den vielen Lügen Washingtons zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen den Irak braucht die US-Regierung für einen Krieg gegen Iran die moralische Legitimation, wenn nicht gar die Unterstützung der EU-Staaten. Diese Legitimation und Unterstützung darf es nicht geben! Wir rufen daher alle auf, sich mit Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen gegen den geplanten Angriffskrieg der USA zu wehren. Wir, als ein Teil des weltweiten Protestes, wenden uns auch gegen die Drohung mit Krieg als dem sogenannten „letzten Mittel“. Krieg ist der große Terror. Wir wollen jedoch Deeskalation, Nichtangriffsgarantien und Gewaltverzicht.

Von der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin fordern wir mit Nachdruck:

- Unterlassen Sie jegliche Droheskalation, die unweigerlich in einen Krieg einmündet. Schließen Sie jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Setzen Sie sich auch innerhalb der EU hierfür ein.
- Treten Sie ein für die Bildung einer Langzeit-Konferenz für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten, die auch das Ziel verfolgt, dort – wie in der IAEO-Resolution vom 04.02.2006 hervorgehoben - eine Atomwaffenfreie Zone zu errichten, die Israel einschließt. Unternehmen Sie dafür schon jetzt erste Schritte.
- Treten Sie dafür ein, dass Atomwaffenstaaten ihre Verpflichtung zur Abrüstung ihrer Atomarsenale gemäß Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags endlich erfüllen.

““